

Sterben für Danzig 2?

Was ist eigentlich die Ukraine? Ist es ein geografischer Begriff (wie Metternich 1814-15 Italien definierte) oder ein Nationalstaat (Gründungsmitglied der Sowjetunion vor genau einem Jahrhundert, 1922)?

Seit Ende Februar 2022 ist es Krieg: Die vorherrschende Narrative erzählt von einem Gefecht zwischen den Guten und den Bösen, wie in einem Western von John Ford („*Höllenfahrt nach Santa Fe*“) oder Sergio Leone („*Zwei glorreiche Halunken*“). Doch welche Geschichte verbindet und trennt die Gegner?

Die Ukraine – als historischer und geografischer Begriff – bezeichnet von Slaven bewohnte Gebiete der eurasischen Steppe. Ende des 9. Jahrhunderts wurden diese Gebiete zur Geburtsstätte der Kiewer Rus – Galizien, Wolhynien im Süden und Kareliden im Norden eingeschlossen. Doch der hybride Charakter dieser in elf Fürstentümer aufgeteilten politischen Entität verdeutlichte sich bereits im 12. Jahrhundert. Einige dieser Fürstentümer, wie Smolensk, sollten später zu Belarus werden und andere, wie Novgorod, den ursprünglichen Kern Russlands bilden. Die Königskrone über Ruthenien (latinisierte Bezeichnung der Rus) bot der Papst 1253 dem Fürsten von Galizien-Wolhynien an.

Auch Polen spielte eine Rolle, als es im 14. Jahrhundert weite Gebiete (wie das westliche Podolien) von den Tartaren befreite, diese aber zugleich annektierte. Das östliche Podolien und Kiew wurden derweil von Litauen eingenommen und in den nördlichsten Landesteilen sollte das später eigentliche Russland Gestalt annehmen. In der Folge strebte der Moskauer Fürst nach den nun litauischen Gebieten, während Litauen es gleichzeitig auf Moskowien abgesehen hatte. Der russisch-litauische Dualismus dauerte bis ins 16. Jahrhundert an, als sich Ivan III. schließlich durchsetzen konnte und zum Herrscher der ganzen Rus erklärte. Die Schwächung Litauens um die Mitte des 16. Jahrhunderts begünstigte aber wiederum die polnischen Expansionspolitik: Mit der Union von Lublin gehörten ukrainische Gebiete, die zuvor in litauischer Hand waren, zu Polen und der polnische König beanspruchte den Titel des Großfürsten von Ruthenien für sich. Das Hin und Her setzte sich im neuen Jahrhundert fort: 1648 wurden die Polen schließlich vertrieben und die Ukraine schien sich als unabhängiger Staat zu behaupten, doch... sie hatte sich verkalkuliert. Der auserwählte Verbündete, Zar Alexei I., hatte zwar dabei geholfen, die Ukraine vom polnischen Joch zu befreien, aber nur um ihn durch einen eigenen zu ersetzen. Damit begann die „Schutzherrschaft“ über die *Kleine Rus*, wie die ukrainische Region nun bezeichnet wurde.

Die Ukrainer wandten sich daraufhin an die Osmanen, was jedoch wenig Wirkung zeigte, denn ihre Gebiete standen weiterhin im Mittelpunkt der polnisch-russischen Auseinandersetzungen. Unter Peter dem Großen verstärkte sich die russische Präsenz weiter. Die Ukrainer spielten also die schwedische Karte aus, denn der schwedische König Karl XII. übte einen großen Einfluss aus. Doch im Großen Nordischen Krieg (1700-1721) um die Vorherrschaft im Baltikum siegte das russische Zarenreich und scheiterte zugleich der erste Versuch, in Russland einzufallen.

Während der Herrschaft Katharinas der Großen (zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts) schritt die russische Unterwanderung der ukrainischen Gebiete fort, während die Landesteile, die sich in polnischer Hand befanden, weiter aufgeteilt wurden und mitunter an Österreich fielen.

Im 19. Jahrhundert bildeten sich die Idee einer ukrainischen Unabhängigkeit und auf kultureller Ebene ein Nationalgefühl heraus. Verschiedene geheime Gesellschaften und die Dekabristen drängten auf eine Emanzipation der Ukraine, doch der Prozess der Russifizierung überwog. Auch die Ereignisse in der österreichischen Ukraine (westliches Galizien) waren für die Autonomie nicht von Vorteil, denn sie zeigten die starken ukrainisch-polnischen Gegensätze.

Die eiserne russische Faust setzte sich unter Alexander III. fort, ließ unter Nikolai II. nach, doch da standen der Krieg von 1914 und die Revolution von 1917 bereits vor der Tür.

Im Ersten Weltkrieg kämpften die Ukrainer auf unterschiedlichen Seiten, sowohl unter den Abzeichen der Romanows als auch der Habsburger. Anfangs hatten die Truppen des Zaren die Oberhand, sie eroberten Lwiw und nahmen zum x-ten Male das „gewohnte“ (Jahrhundert-)Werk der Russifizierung wieder auf – diesmal mit der Zwangsabschaffung der ukrainischen Sprache.

Mitte 1915 wendete sich die Situation und Russland musste den Rückzug antreten: Im Zarenreich kamen – geschickt von Deutschland gefördert – Autonomiebestrebungen auf.

Dann fegte die Revolution alles hinweg. Die Deklaration über die Rechte der Völker Russlands (November 1917) schien die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung zu begünstigen, doch – in Anbetracht der Widersprüchlichkeit des Textes – nur dem Anschein nach.

Der Krieg dauerte also an und die Ukraine wurde zum verheißenen Land der Mittelmächte: um sich Unterstützung der Ukrainer zu sichern (Lebensmittel und Logistik), versprachen sie die volle Unabhängigkeit.

Im November 1917 wurde die Ukrainische Volksrepublik ausgerufen, die zu der bolschewistischen Regierung ein problematisches Verhältnis hatte. Trotzki (Volkskommissar des Auswärtigen) drohte mit einer Militärexpedition, doch das Regierungsorgan der Ukraine (die Rada) ließ sich nicht beugen und es begann ein Tauziehen. Als Lenin (Vorsitzender des Rates der Volkskommissare) die Ukraine zu überqueren plante, um die Donkosaken aus dem Rücken anzugreifen, wurde es ihm verwehrt. Ein von Petrograd aus gestelltes *Ultimatum*, abgelehnt. Die Ukraine, die Russland sowohl mit Getreide als auch mit Kohle versorgte, hatte die Oberhand. Der russische Erpressungsversuch (Unterbrechung jeglicher monetärer Hilfen) wurde abgewehrt und als Reaktion drohte die ukrainische Seite mit einem – später umgesetzten – Lebensmittelembargo. Der Stopp von Getreide- und generell Proviantlieferungen ließ den Widerstand in Petrograd einbrechen und Lenin musste sich der ukrainischen Lebensmittelerpressung beugen.

Es folgte der Waffenstillstand von Brest-Litowsk (15. Dezember 1917), bei dem die Ukrainer die Legitimation der bolschewistischen Delegierten ablehnten, im Namen und im Auftrag aller Völker Russlands zu sprechen. Im Januar 1918 stand an der Spitze der ukrainischen Regierung ein „Triumvirat“, das sich nicht gerade durch politisches Format und administrative Erfahrung auszeichnete: Zwei waren in ihren Dreißigern und einer, Petljura, hatte einen Werdegang als Sänger vorzuweisen; dennoch hatten sie die Unterstützung der Soldaten und Bauern. Ihr Ziel war die „Vernichtung“ des bolschewistischen Russlands, entsprechend strebten sie Allianzen mit Nachbarländern wie Rumänien an.

Im gleichen Monat (am 18. Januar 1918) wurde in Petrograd die Russische Föderative Republik proklamiert, die den Arbeitern und Bauern aller slawischen Nationen die freie Entscheidung über den Beitritt überließ. Aus Kiew kam am 22. eine Unabhängigkeitserklärung, doch schon wenige Tage später wurden – auf ausdrücklichen Willen Lenins – sowjetische Truppen entsandt, um die *bolschewistische Lex* durchzusetzen.

Im Dezember 1922 sollten mehrere Sozialistische Sowjetrepubliken wie – neben der Ukraine – bspw. Belarus, Armenien und Aserbaidschan zusammen die URSS bilden. Der ehemals österreichische Teil der ukrainischen Gebiete wurde „polonisiert“. Der Rest des 20. und 21. Jahrhunderts ist nur allzu vertraute Geschichte.

Die facettenreiche Geschichte zwischen den Völkern, die sich seit Jahrhunderten in diesen Gebieten begegneten, schillert in vielen Nuancen.

Seit dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges wurde eine Narrative in Gang gesetzt, die sich implizit auf eine baltische Stadt bezieht, die unweit des aktuellen Kriegsgebiets liegt: Danzig. «*Mourir pour Danzig?*» fragte sich der Pazifist und Sozialist Marcel Déat am 4. Mai 1939 in ‚*L'œuvre*‘ und am 3. September 1939 lautete die Antwort aus London «ja, Sterben für Danzig!». Ein Härtestest für die Demokratien gegen das (kriegerische) Umsichgreifen des Nazismus, der sich als erfolgreich erweisen sollte.

Erfordert nun die aktuelle Situation ein «*Sterben für Danzig 2*»? Doch die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ist eine andere als die von 1939. Diese kannte noch Grundsatzfragen, war verankert in präzisen Kategorien, die sich ihrerseits auf Bindungsmechanismen stützten. Die heutige Gesellschaft hingegen – in ihrer Fragilität und Fluidität schwelgend (Euphemismen für Prekariat in Beziehungen und in Arbeitsverhältnissen) – hat sich im Namen der Emanzipation von allem von der Strenge der Bindungsmechanismen losgelöst. Sie ist besessen vom Subjektiven (Egozentrik und

Hyper-Subjektivität auf Rechte des Einzelnen und der Minderheiten) und selbstgefällig in ihrem mangelnden Selbstbewusstsein (man bedenke das Schicksal des Autoritäts- und des Maßgeblichkeitsprinzips). Die Frage nach der Bereitschaft für Danzig 2 ist allerdings belanglos: die Antwort wird – wenn im Winter (oder bereits im Herbst) die Heizkörper abgestellt werden – pragmatisch ausfallen.

Das Problem sollte also theoretisch betrachtet werden. Die EU wiederholt, dass man nach den «europäischen Werten» handle. Daher wäre das Kräfteressen mit Moskau Teil dieser «europäischen Werte», die – seit Giscard d'Estaings' Verfassungskonvent mit der Konkretisierung eines Verfassungstextes betraut war (2003) – nie klar definiert wurden. Die *quaestio* nach ihren jüdisch-christlichen Wurzeln braucht an dieser Stelle nicht erneut aufgeworfen zu werden; der sog. Vertrag von Lissabon (2007) schließt die Aufklärung als Parameter jedoch nicht aus.

Eine andere Stadt an der Ostsee, unweit von Danzig, macht auf sich aufmerksam: Königsberg (weniger bekannt unter ihrem heutigen stalinistischen Namen, Kaliningrad); wie Danzig eine Hafenstadt, aber berühmt durch ihre Verbindung mit Immanuel Kant, dem Philosophen der Aufklärung *par excellence*. 1795 veröffentlichte er seine Schrift „*Zum ewigen Frieden*“; inspiriert durch die Schließung des Friedens von Basel im April des gleichen Jahres zwischen zwei Staaten, die voneinander nicht weiter entfernt sein könnten: das revolutionäre Frankreich des Thermidorianer Konvents und das Preußen Friedrich Wilhelms II. Doch die schiere Entfernung ihrer Positionen ließ Kant nicht aufgeben; im Gegenteil, auf dieser Grundlage argumentierte er, dass jeder bilaterale Waffenstillstand, so prekär er auch sein mag, den Weg zu einem tiefgreifenden Frieden ebnen kann.

In Anlehnung an den Hobbesschen Pessimismus – der Mensch neigt von Natur aus zum Bösen und der Staat ist das Instrument, um der menschlichen Ungerechtigkeit Einhalt zu gebieten; daher entsteht der Staat als ein Bund, in dem das Recht kein Zwang, sondern ein Mittel gegen Willkür ist – formuliert Kant eine ähnliche Aussage auf höherer Ebene (kosmopolitisches Recht). Danach müssen Beziehungen zwischen Staaten zu einer internationalen Zusammenarbeit gelenkt werden.

Frieden ist also eine bewusste Kraftanstrengung, die den natürlichen Zustand überwindet; jenen natürlichen Zustand, der für den einzelnen Menschen Ungehorsam und für Staaten Kriegszustand bedeutet. Die Schrift war ein großer Erfolg; die 1.500 gedruckten Exemplare sofort vergriffen. Die turbulenten Ereignisse jener Monate machten eine Neuauflage erforderlich, wie es auch heute bei bedeutenden geopolitischen Publikationen der Fall ist.

Kant machte sich keine Illusionen über die unmittelbare faktische Realisierbarkeit, er war sich der Kluft zwischen dem rationalen Ideal und der empirischen Realität bewusst, zeigte aber – ohne in die Naivität leichtgläubiger Pazifisten (wie C. Castel de Saint-Pierre) zu verfallen – das Ziel der Anstrengung auf: Der („ersehnte“) Frieden als moralisches Ideal.

Nach Kant entsprang die Garantie für den Frieden – bezeichnenderweise und so seltsam es auch erscheinen mag –, aus der Natur, aus der (oder deren mechanischem Lauf der Dinge, wie er sagt) der Faden des Schicksals (oder der Vorsehung, je nachdem) speist. Das Zusammenspiel der Staaten hindert den Egoismus einzelner Staaten und fördert das Heranreifen eines Gemeinsinns, einer gemeinsamen Vision, die nichts anders sein kann als Frieden. Die Geschichte schreitet einem Zielpunkt entgegen: der Erschaffung einer Welt, in der das Gute verwirklicht werden kann und muss. Es ist das moralische Ziel des Menschen und der zwingende Übergang ist das Vertrauen in die Staaten – als «Individuen im Großen» –, in deren Interesse es ist, sich zu einigen, um so die Entwicklung der Vernunft zu fördern. Jene Staaten, die im Zuge der Globalisierung im Niedergang begriffen schienen, die aber durch das Virus – und damit die ‚Wiedergeburt‘ der Grenzen – wiederbelebt wurden. Und wer hat mehr historische und damit kulturelle Autorität, von Frieden zu sprechen, als diverse europäische Länder, in denen die Aufklärung in ihren verschiedenen Facetten gereift und untergegangen ist?

Abschließend kann man sich angesichts des Krieges fragen, ob die «europäischen Werte» mit der ‚Kraft‘ der Filme *à la* John Ford und der ‚Logik‘ der *Cartoons à la* Walt Disney zum Ausdruck gebracht werden sollen, in denen Micky Mouse (hübsch, gut, brav und wohlduftend) gegen Kater

Karlo (hässlich, schlecht, widerwärtig und schmutzig) antritt. Oder vielleicht doch mit Immanuel Kant?

Romano Ferrari Zumbini

Limes - n.9/2022